5. Jahrg. Nr. 157

Einzelpreis 600 M.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 400.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 150.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 25.— Mk. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 900.— Mk.

Montag, den 9. Juli 1923.

Bezugspreis: Durch Austräger 3000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstraße 10. — Postscheckkonto Breslau Nr. 310 59 — Fernsprecher: Breslau, Ring 6307.

Ultimatum der Berliner Metallarbeiter

Die Gewerkschaften tuhhandeln, die Betriebsräte organisieren den Generalstreik / Höllein an die schlesische Arbeiterschaft

Breslau, 9. Juli.

Bis auf den letzten Platz war der große Saal des Schießwerder in Breslau besetzt, als am Sonntag morgen der Genosse Höllein zur Ruhrfrage sprach.

Um 10½ Uhr wurde die Versammlung vom Vorsitzenden der Breslauer Ortsgruppe, Gen. König, eröffnet, der dem Genossen Höllein zu seinem Referat das Wort erteilte.

Vor etwa drei Wochen, so führte der mit Beifall empfangene Genosse Höllein aus, als ich aus dem Pariser Gefängnis über Straßburg und den Kehler Brückenkopf nach Deutschland abgeschoben wurde, haben die Roten Gewerkschaften Frankreichs es sich nicht nehmen lassen, mir das Geleit an die Grenze zu geben, um mich zu beauftragen,

dem revolutionären Proletariat Deutschlands die besten Grüße ihrer französischen Brüder zu überbringen.

Das deutsche Proletariat soll diese Grüße auffassen als das Gelöbnis der revolutionären französischen Arbeiter, einig und geschlossen hinter dem deutschen Proletariat zu stehen und sie in ihrem revolutionären Kampf gegen den französischen Imperialismus tatkräftig zu unterstützen. Im Kampfe gegen Poincare und die französische Bourgeoisie werden die Arbeiter Frankreichs durch die Tat ihre Solidarität im internationalen Klassenkampf beweisen.

Genosse Höllein gab nun ein Bild, wie die französischen Kommunisten im schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie stehen. Verhaftungen Landesverratsprozesse sind die Mittel, mit denen Poincare den Kampf der KP. Frankreichs niederzuschlagen versucht. Das Ministerium liefert zu diesen Prozessen selbst gefälschte Akten, um den Kommunismus für vogelfrei erklären zu können.

Wie man in Frankreich die Kommunistenjagd

organisiert hat, dafür ist der beste Beweis die Verhaftung Hölleins. Als er von dem Massenmeeting zurückkehrte, waren nicht weniger als 4000 Schergen Poincares aufgeboten, um ihn zu fangen. Aber diese Verhaftung zeigt auch, daß es nur eine wirklich revolutionäre Partei gibt, vor der die Bourgeoisie sich fürchtet. Zu gleicher Zeit, als Höllein in Paris verhaftet wurde, war Hilferding auf dem Kongreß der Reformisten in Lille. Ihm hatte die Regierung Poincare den Paß nicht verweigert, sondern eine Schutzwache zur Verfügung gestellt, weil die französische Schwerindustrie wußte, daß er der Konferenz reformistische Betäubungstränklein eingeben würde, während die kommunistische Propaganda ein gährendes Gift ist. Aber die Kommunisten fragen nicht nach dem Paß der bürgerlichen Gesellschaft. Sie werden ohne Pässe Mittel und Wege finden, um ihre internationale revolutionäre Pflicht zu erfüllen.

Die Verhaftung und Verfolgung der Kommunisten ist aber nur eine äußere Erscheinung des Kampfes, der von der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse geführt wird, um die Reparationslasten auf seine Schultern abzuwälzen.

All diese Brutalitäten sind nur das sichtbare Zeichen, daß die Bourgeoisie ihren Schacherkampf auf dem Rücken des Proletariats führt.

Die Ruhrbesetzung war ein unabwendbares Ereignis, nachdem das deutsche Proletariat nicht die deutschen Kapitalisten gezwungen hat, die Lasten des Krieges zu zahlen. Aber auch darum war die Ruhrbesetzung unabwendbar, weil Frankreich, nachdem es Elsaß-Lothringen im Versailler Friedensvertrag wieder zurückerhalten hatte, eine Kohlenquelle für seine Industrie brauchte. Die Saarkohle reichte nicht aus. Nur mit der Ruhrkohle konnte Frankreich seine imperialistische Weltmachtsstellung ausbauen. Aber diese Weltmachtsstellung Frankreichs ist zugleich eine Bedrohung Englands. Die Ruhrfrage hat seit Jahren schon einen Konfliktsstoff in der Entente geblidet. Ein fieberhaftes Wettrüsten auf beiden Seiten bereitet einen neuen Weltkrieg vor.

Die deutsche Regierung kannte die Pläne der französischen Schwerindustrie, einen gewaltigen Montantrust herzustellen, ein Plan, an dem deutsche Industrielle, Stinnes, Klöckner usw. mitgearbeitet haben. Die Regierung wußte, was vorging, und sie hätte die Aufgabe gehabt, die Ruhrbesetzung zu verhindern. Statt dessen hat sie es geduldet, daß Frankreich durch die von der deutschen Schwerindustrie absichtlich herbeigeführte Nichtlieferung von Holz und Kohle der Vorwand zur Ruhrbesetzung gegeben wurde.

Die Ruhrbesetzung war der gewaltsame Versuch der Herstellung des Montantrusts, nachdem die friedlichen Verhandlungen gescheitert waren, die Stinnes mit der französischen Schwerindustrie gehabt hatte. Das Räubergeschäft scheiterte, weil Stinnes gleich zu gleich die Profite teilen wollte, die französische Schwerindustrie ihm jedoch nur 40 Prozent bot. Um 10 Prozent verkauft die deutsche Schwerindustrie das Vaterland der deutschen Arbeiter. Auch die Badische Anilinfabrik hat ja einen Beweis ihrer nationalen Würde gegeben, indem sie für 5 Millionen Goldfranken und 2 bis 4 Prozent Gewinn deutsche Erfindergeheimnisse an Frankreich verkaufte. Wegen dieser vaterlandsverräterischen Profitsucht stehen heute französische Truppen im Ruhrgebiet, deshalb leiden unsere Volksgenossen, deshalb fordern die Lakaien der Bourgeoisie, die SPD.- und Gewerkschaftsführer, das Proletariat solle aus seinen Hungerlöhnen auch die Reparationslasten tragen.

Und während das Proletariat im Kampf gegen Poincare steht, finden die deutschen Kapitalisten Zeit und Muße, hinter den Kulissen mit dem Feind zu schachern. Während das revolutionäre Proletariat bereit ist, mit Gut und Blut und Leben ein Sowjetdeutschland zu verteidigen, lassen sich **die Nationalsozialisten von Frankreich Milliarden auszahlen**, um gegen das deutsche Proletariat eine Bartholomäusnacht zu inszenieren. Nicht nationaler Verteidigungskampf gegen Poincare, sondern Ausrottung der einzigen Kraft, die heute nach dem nationalen Vereinigungskampf führen kann, ist das Ziel der Nationalsozialisten.

Das großindustrielle Frankreich befindet sich in einer Zwangslage bei seiner Politik. Sowohl außen- wie innenpolitische Gründe drängen es zum Vorgehen gegen die Revolution. Der Boden unter den Füßen schwankt, und wenn es ihm nicht gelingt, das französische Volk in Illusionen zu täuschen, so wird es sich auf seine revolutionäre Tradition besinnen.

Genosse Höllein ging dann des näheren auf die französischen Verhältnisse ein, wobei er zugleich die **Wurzeln des neuen Weltkrieges aufdeckte.**

Wenn die SPD. heute in Friedensschwärmerei macht, dann wissen diese Leute sehr genau, daß dadurch der Krieg nicht aufgehalten wird. Aber Narren und Verbrecher an der Menschlichkeit sind diejenigen, die erzählen, dieser neue Krieg würde sich nur auf England und Frankreich beschränken. Im kommendne Weltkrieg gibt es keine Neutralen. Die modernsten Kampfmittel werden ganze Völker mit Giftgasen und anderen Sachen vernichten. Aber dagegen hilft kein Friedensgebet.

Der Versuch eines neuen Weltkrieges muß vom Proletariat beantwortet werden mit dem Bürgerkrieg, mit dem bewaffneten Aufstand.

Der Abschluß des Ruhrkonfliktes ist noch nicht erfolgt. Aber wie er auch beendet wird, das Resultat ist ein neuer Weltkrieg.

Es ist die vornehmste Pflicht des internationalen Proletariats, sich schon heute darauf vorzubereiten, schon heute fest entschlossen zu sein, als Antwort darauf durch den bewaffneten Aufstand die soziale Revolution einzuleiten.

Das Proletariat Deutschlands hat die historische Aufgabe, die Ehre Deutschlands zu retten, die von den Kapitalisten in den Schmutz gezogen wurde.

Es hat die Pflicht, auf dem Wege des Klassenkampfes das Kapital niederzuringen, um durch die Eroberung der politischen Macht ein Deutschland des Proletariats, das Vaterland der Unterdrückten und Geknechteten, zu errichten, in dem die Sonne der Menschlichkeit und Gerechtigkeit scheint, ein Deutschland des Friedens, des Glückes und der Freiheit. Darum, Proleten, kämpft mit in den Reihen der KPD., steht entschlossen und fest im Kampfe um eure, um der Arbeiterschaft Befreiung.

Trotz mehrfacher Aufforderung wagte von den vielen prominenten SPD.-Führern keiner, in der Diskussion zu sprechen.

Im Schlußwort nagelte Genosse Höllein diese **Feigheit der SPD.-Führer** fest.

Dieses erbärmliche, feige Verhalten verfehlte seine Wirkung auf die in großer Zahl anwesenden SPD.-Mitglieder nicht, so daß zum Schluß sicher im Sinne vieler SPD.-Mitglieder der Genosse Tithe von der SPD. die Erklärung abgab:

Ich muß, als Mitglied der SPD., meiner Entrüstung darüber Ausdruck geben, daß zu den ausgezeichneten Ausführungen des Genossen Höllein kein SPD.-Führer sich zum Wort meldet, um Auge in Auge die SPD.-Politik zu verteidigen. Ich weiß, daß führende SPD.-Leute im Saale sind. Diese Feigheit ist unerhört! Ich trete aus der SPD. aus und fordere alle ehrlichen SPD.-Arbeiter auf, dasselbe zu tun und sich in die Kampffront der Kommunisten einzureihen.

Die Erklärung wurde mit großem Beifall aufgenommen. Zahlreiche Neuaufnahmen für die KPD. waren der Erfolg der Versammlung.

Tod und Verbannung – kapitalistische Kultur!

Reuter meldet aus Nairobi: In Narik wurden 13 Führer des Massaiaufstandes abgeurteilt. Sieben wurden zum Tode, die übrigen zu ewiger Verbannung verurteilt.

•

Mit diesen Mitteln verbreitet das fromme England, das über die angebliche Roheit der Bolschewiki nicht genug die Augen verdrehen kann, in den Kolonien europäische Kultur!

Verschärfung der Streiklage

Berlin, 9. Juli.

Die Streiklage hat sich außerordentlich verschärft. Der Holzarbeiterstreik ist zwar beendet, dafür ist der **Bauarbeiterstreik allgemein** geworden. Durch Beschluß des Baugewerksbundes, des Christlichen Bauarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, denen sich der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter angeschlossen hat, ist der Streik bis heute auf sämtliche Baubetriebe Berlins ausgedehnt worden.

Die Zentralstreikleitung der Metallarbeiter Berlins ist einem Rufe des Reichsarbeitsministers gefolgt und wird am heutigen Montag neue Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller aufnehmen. Gleichzeitig setzt die zur Mehrheit aus Reformisten bestehende Zentralstreikleitung die Streikbehinderung in zahlreichen Betrieben fort. In der Sonnabendsitzung hat die Zentralstreikleitung durch die reformistische Mehrheit zwei Anträge abgelehnt, von denen der eine die Zusammenfassung der gesamten Berliner Lohnforderungen, der andere das Einsetzen sämtlicher Metallbetriebe in den Streik verlangt. Ueber diese Gefahren der Bürokraten des Metallarbeiter-Verbandes herrscht unter der Arbeiterschaft eine außerordentliche Erregung.

Am gestrigen Sonntag nahm eine überfüllte, vom Fünfzehner-Ausschuß einberufene Vollsitzung sämtlicher Betriebsräte Groß-Berlins zur Streiklage Stellung. Die entschlossene Kampfstimmung des Berliner Proletariats kam in einer Resolution zum Ausdruck, die gegen eine Stimme angenommen wurde. Darin wird die bisherige Haltung der Sozialdemokratie und des ADGB. aufs schärfste verurteilt und verlangt, daß der **Kampf um einen wertbeständigen Lohn** ernsthaft, d. h. nicht in Verhandlungen mit den Unternehmern, sondern durch Organisierung des Kampfes der Arbeiterschaft geführt wird. Folgende konkreten Forderungen wurden an die Berliner Berliner Gewerkschaftskommission und die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale übermittelt:

1. Zentralisierung der Lohnforderungen aller Berufsgruppen:
2. Mindeststundenlohn von 25 000 Mark für die erste Juliwoche, von 35 000 Mark für die zweite Juliwoche:
3. Eine Entscheidung der Unternehmer über diese Forderungen ist binnen 3 Tagen herbeizuführen.
4. Im Falle der Ablehnung oder Verschleppung **Eintritt in den Generalstreik für Berlin.**
5. An den Magistrat ist die Aufforderung zur sofortigen Ergreifung von Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu richten.

Durch eine fünfgliedrige Kommission aus der Mitte der Vollversammlung wurden diese Forderungen der gleichzeitig tagenden Funktionärversammlung der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter übermittelt.

•

Bauarbeiterstreik in Breslau

Die Bauarbeiter Breslaus sind am Sonnabend in den Streik getreten. Es wird gefordert: Der höchste in Breslau gezahlte Spitzenlohn mit einem 25prozentigen Saisonarbeiterzuschlag. Die Gewerkschaftsbürokratie, die mit allen Mitteln versucht hatte, den Kampf zu sabotieren, erklärt ihn jetzt für „wild", weil er augenblicklich gegen die Bundessatzungen verstoße. Damit versuchen sie dem Existenzkampf der Bauarbeiter das Genick zu brechen. Ihre sauberen Pläne werden an dem geschlossenen Kampfwillen der Bauarbeiter scheitern.

Hinweg mit dem Verbot der proletarischen Hundertschaften

Antrag der Kommunisten im Preußischen Landtag

In allen Gebietsteilen des Reiches wie auch Preußens ist in der letzten Zeit ein freceres Auftreten der faszistischen Organisationen zu beobachten gewesen. Die Fälle mehren sich, in denen es durch das provokatorische Verhalten der Faszisten zu blutigen Zusammenstößen und zu Zerstörungen von Arbeitereinrichtungen kommt. Es sei nur an die Stahlhelmangriffe in Eisleben, Halle und Teutschental, an die Sprengung der sozialdemokratischen Parteidruckerei in Münster, an den Arbeitermord in Dramburg und ähnliche Gewalttaten der Faszisten in den letzten Tagen erinnert.

Der grauenhafte Faszistenmord in Parchim, die Enthüllungen Dr. Zeigners im sächsischen Landtag, die Feststellungen über faszistische Umtriebe in Hamburg, deren Fäden nach Stettin und anderen Orten gehen und nicht zuletzt die allgemein bekannten Zustände in Bayern lassen erkennen, daß es sich um ein wohlorganisiertes, systematisches Vorgehen handelt. Der Bestand der Republik ist auf das äußerste bedroht.

Die Lage für die Arbeiterschaft wird noch besonders verschärft, daß die Kommandostellen der staatlichen Organe Schupo und Reichswehr ganz offen für die Faszisten und gegen die proletarischen Bevölkerungsschichten Stellung nehmen und den Feinden der Republik tatkräftige Unterstützung zuteil werden lassen.

Begünstigt wird das staatsfeindliche Verhalten der staatlichen Organe durch das Verbot der proletarischen Abwehrorganisationen durch den preußischen Minister des Innern.

Der Landtag wolle daher beschließen:

1. Das Verbot der proletarischen Hundertschaften wird aufgehoben.
2. Die proletarischen Hundertschaften werden sofort aus staatlichen Beständen bewaffnet.
3. Alle faszistischen Organisationen sind sofort aufzulösen.
4. Alle Umzüge, Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen der Faszisten sind mit allen Mitteln zu verhindern.
5. Die Schupo ist sofort von allen reaktionären Offizieren und Mannschaften zu säubern.
6. Die Durchführung der Punkte 3, 4 und 5 wird proletarischen Organen übertragen.
7. Allen politischen Gefangenen, die wegen der Bekämpfung des Faszismus und der Konterrevolution in Strafe genommen sind, wird Straferlaß gewährt.

Berlin, den 3. Juli 1923.

Unsere preußische Landtagsfraktion forderte, diesen Antrag am 4. Juli auf die Tagesordnung zu setzen. Die Landtagsmehrheit aber, die bürgerlichen Parteien, die teils versteckt, teils ganz offen im Faszismus Rettung aus dem Bankrott der bürgerlichen Demokratie erhoffen, stimmten diesen Geschäftsordnungsantrag nieder. Wir haben schon an Dutzenden anderen Beispielen gezeigt, wie nicht nur die Großindustrie, der Großgrundbesitz und damit die konservativen Rechtsparteien den Faszismus mit allen Mitteln unterstützen, sondern daß auch die deutsche Klein-Bourgeoisie, die bürgerlichen Mittelparteien, ebenso dem Faszismus huldigen, wie die großkapitalistischen Hyänen. Kein Wunder, daß das Bürgertum alles aufbietet, alles zu bekämpfen, was dem Faszismus gefährlich werden kann.

Ein Zwanzigmarkstück 550 000 Mk.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 9. d. Mts. ab bis auf weiteres unverändert zum Preise von Mark 550 000 für ein Zwanzigmarkstück, Mark 275 000 für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum 11 000fachen Betrage des Nennwertes.

Die Betriebsräte organisieren den proletarischen Abwehrkampf

Am Sonntag, 1. Juli, waren die Betriebsräte des Kreises Reichenbach zu einer Versammlung nach Langenbielau bei Dieter eingeladen. Wenn auch nicht alle zur Stelle waren, war doch die Versammlung recht gut besucht. Auch die Kollegen von der VSPD. nahmen regen Anteil an der Diskussion zwecks Bildung von Kontrollausschüssen und Abwehr gegen den Faszismus. Es wurde einstimmig beschlossen, am 15. Juli d. J. eine neue Betriebsrätevollversammlung für den Kreis Reichenbach einzuberufen und die Kollegen durch die Zeitung einzuladen. Gleichzeitig sollen auch aus den Ortsgruppen beider politischen Parteien Delegierte, also KPD. und SPD., miteingeladen werden.

In der Versammlung des Textilarbeiter-Verbandes am 2. Juli d. J. wurde der Antrag des Genossen Franz Reichel betreffs Gründung von Kontrollausschüssen mit Majorität angenommen und müssen die Kartelle auch dazu Stellung nehmen.

Die Erfassung der Sachwerte

Dem Antrag der Kommunistischen Reichstagsfraktion (Sonnabend-Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung") wurde folgende Begründung beigegeben:

Begründung:

I.

Die ganze bisherige auf großkapitalistische Interessen zugeschnittene und durch bürokratische Organe durchgeführte Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches hat bankrott gemacht und die werktätigen Massen, d. h. die große Mehrheit der Bevölkerung des Reiches, in eine unerträgliche Lage versetzt.

Die Steuerlast ruht fast ausschließlich auf den Schultern der Werktätigen. Die Besitzer der großen Sachvermögen und Einkommen genießen nahezu ein Privileg der Steuerfreiheit.

Alle bisherigen Reformversuche waren, da vom Interesse der Besitzenden diktiert, Schläge ins Wasser. Die Reichsfinanzen sind faktisch bankrott.

Die Markwährung ist im beschleunigten Tempo weiter zerrüttet worden. Die Opfer der Valutazerrüttung sind wiederum die werktätigen Massen; ihre Nutznießer die Besitzer der Sachwerte, die fremde Arbeitskraft direkt oder indirekt ausbeuten.

Alle bisherigen Versuche der Markstützung sind zusammengebrochen, da sie nur mit finanztechnischen Mitteln unternommen waren und die Planlosigkeit in Produktion, Außen- und Innenhandel bestehen ließen.

Ebenso sind zusammengebrochen alle bisherigen kapitalistisch-bürokratischen Versuche der Preisregelung (Kohle, Eisen, Kali usw.), da die kapitalistischen Interessenten sowohl bei der Festsetzung als bei der Durchführung der in Betracht kommenden Gesetze und Verordnungen ausschlaggebend waren.

Zu den bisherigen Lasten, die die werktätigen Massen zu tragen haben, sollen noch die Lasten der Reparationszahlungen kommen.

Die Fortdauer dieser Zustände bedroht die werktätigen Massen mit dem physischen Untergang. Damit droht der Gesamtwirtschaft ein tödlicher Schlag, denn die werktätige Bevölkerung ist der ausschlaggebende Produktionsfaktor, dessen Erhaltung und Erhebung oberstes wirtschaftliches Gesetz sein muß.

II.

Es ist daher eine sofortige grundlegende Umgestaltung der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik erforderlich.

Sie muß von folgenden leitenden Gesichtspunkten ausgehen, die dem vorliegenden Gesetzentwurf zugrundegelegt sind:

a) Alle Einzelmaßregeln müssen ausschließlich auf die Interessen der werktätigen Massen zugeschnitten sein, die mit dem Interesse der Gesamtwirtschaft zusammenfallen. Die kapitalistischen Besitzerinteressen müssen den Interessen der werktätigen Massen grundsätzlich und praktisch durchgehend untergeordnet werden, da ihr hemmungsloses Walten zu schwersten wirtschaftlichen, finanziellen und steuerlichen Zerrüttungen geführt und das nationale Interesse der Abwehr gegen die Raubgelüste des französischen Imperialismus geradezu preisgegeben hat.

b) Die Durchführung der notwendigen grundlegenden Umgestaltung der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik muß der obersten Leitung bürokratisch-kapitalistischer Organe entzogen und Organen der werktätigen Bevölkerung übertragen werden. Soweit bürokratische und Unternehmerorgane noch zur Mitwirkung zugelassen sind, müssen sie streng und unbedingt den proletarischen Organen untergeordnet sein.

III.

Der Gesetzentwurf schlägt daher die Erfassung der Sachwerte zu 51 Prozent vor, um den Interessen der werktätigen Bevölkerung das unbedingte Uebergewicht zu sichern. Derselbe Grundsatz war maßgebend für die Gestaltung der Durchführungsorgane. Für die Heranziehung industrieller und technischer Fachleute ist hinreichend Spielraum gelassen.

IV.

Die vorgeschlagene Zwangssyndizierung ist erforderlich, um im Interesse der Steigerung der Produktion die weitestgehende Rationalisierung und Oekonomisierung in Produktion, Handel und Verkehr vom Gesichtspunkt der Interessen der Werktätigen durchzuführen.

V.

Das staatliche Außenhandelsmonopol ist eine notwendige Ergänzung der Regulierung der Produktion des Innenhandels, um volkswirtschaftlich schädliche Kapital- und Warenverschiebungen ins Ausland und nicht streng notwendige Einfuhr zu unterbinden.

VI.

Die staatliche zentralisierte und monopolisierte Devisenverwaltung ist der notwendige Schlußstein. Eine Sanierung der Valuta ist nur auf Grundlage der vorgeschlagenen planmäßigen Kontrolle und Leitung aller Teile der Wirtschaft gemäß den Interessen und durch die Organe der werktätigen Bevölkerung möglich.

VII.

Für diejenigen Besitzer von Sachwerten, die keine kapitalistischen Profite damit erzielen, keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, sondern nur ihren Lebensunterhalt damit bestreiten (Kleingewerbetreibende, Kleinrentner, Kleinbauern usw.), sind im Entwurf besondere Bestimmungen vorgesehen, um sie vor Schädigungen zu bewahren. Zu eventl. notwendigen Entschädigungen dieser Kategorie kleiner Sachwertbesitzer sollen Vermögen und Einkommen der kapitalistischen Sachwertbesitzer herangezogen werden.

VIII.

Die Erfassung der Sachwerte in dem angegebenen Ausmaß bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion durch die vorgesehenen Maßregeln der Zwangssyndizierung, des Außenhandelsmonopols, der zentralisierten Devisenverwaltung und der Hebung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung wird dem Staat die Möglichkeit geben, das Maß von Reparationszahlungen zu leisten, das vorläufig noch zu tragen sein wird, wenn die gewaltsame Austragung des Konfliktes mit Frankreich vermieden werden und Raum für den friedlichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft geschaffen werden soll.

IX.

Die Antragsteller geben sich nicht der Erwartung hin, daß die gegenwärtige Regierung die vorgeschlagene grundlegende Umgestaltung der gesamten Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik durchführen wird. Sie sprechen klar aus, daß für die Durchführung dieser wirtschaftlichen Umgestaltung eine ebenso grundlegende Umgestaltung der politischen Staatsorganisation nötig sein wird, in dem Sinne, daß den politischen Organen der werktätigen Bevölkerung die ausschlaggebende Leitung, Durchführung und Kontrolle der staatlichen Exekutive, Gesetzgebung und Verwaltung zufällt. Das erfordert die Ersetzung der gegenwärtigen Regierung durch eine Reichsarbeiterregierung. Die Antragsteller erwarten, daß die werktätige Bevölkerung im Interesse ihrer Selbsterhaltung, wie der Erhaltung der nationalen Existenz und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues alle Kräfte daran setzen wird, um diese politische Umgestaltung zu erzielen.

X.

Die Antragsteller sehen mit aller Bestimmtheit voraus, daß, falls die kapitalistischen Interessenten und ihre politischen Vertreter diesen Weg ausschlagen und dadurch den sozialen Druck auf die werktätige Bevölkerung noch steigern, unvermeidlich der Augenblick eintreten wird, wo diese die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen durch vollständige Enteignung und Ausschaltung der kapitalistischen Interessenten von der Leitung und Verwaltung der Wirtschaft erzwingen werden.

Aus der Arbeit der Kontrollausschüsse

Am 1. Juli fand in Köln eine Konferenz der Kontrollausschüsse für das Wirtschaftsgebiet Köln statt. Sie ergab, daß auch im Rheinland bereits eine Menge Teilerfolge der Kontrollausschüsse zu verzeichnen sind. Ein sehr großer Teil der Arbeit der dortigen Kontrollausschüsse gilt der Verteilung der russischen Brotspende an die Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Diese Brotverteilung hat vielfach bisher indifferente Kreise der Bevölkerung auf die Kontrollausschüsse aufmerksam gemacht und ihre Mitarbeit, besonders in der Festsetzung von Wucherpreisen, herbeigeführt.

In Dieuzel richtete der Kontrollausschuß sein Hauptaugenmerk auf die Kartoffelnot. In fünf Fällen gelang in der letzten Zeit die Beschaffung und Verteilung verschiedener Mengen von Kartoffeln. In einem Fall wurde der Preis von über 200 Zentnern Kartoffeln erheblich herabgesetzt.

In Mülheim hat der Kontrollausschuß unter anderem die Herabsetzung der Preise für Schuhe und Gummiabsätze bewirkt.

In der inneren Stadt in Köln wurden mehrfach die Kartoffelpreise herabgesetzt.

In Troisdorf gelang es, die ehemaligen Militärbaracken für Wohnzwecke der arbeitenden Bevölkerung zu erhalten.

Alle diese und andere Erfolge wurden trotz kleinlichster Sabotage der SPD erreicht. Leider muß gerügt werden, daß eine Reihe von Kontrollausschußmitgliedern zu sehr in der Kleinarbeit, besonders in der Verteilung des russischen Brotes, aufgingen und darüber vergaßen, dafür zu wirken, daß dem Preiswucher an die Wurzel gegangen und durch Eroberung der Kontrolle der Produktion und der Sachwerterfassung entgegengetreten wird.

Die Konferenz brachte noch reiches Material über die zweckmäßigste Art des Vorgehens für die Kontrollausschußmitglieder und für die Tätigkeit der nächsten Zeit. Sie war ein neuer Schritt auf dem Wege zur Bekämpfung des Wuchers durch die proletarischen Massen.

Nicht vergessen!

Am Sonntag, den 29. Juli

Antifaszistentag

In allen Betrieben, bei Zusammenkünften, in allen Versammlungen, bei jeder Gelegenheit

muß für den Antifaszistentag fleißig gearbeitet werden!

Auch ein Stück bayerischer Geschichte

Seit dem Hochverratsprozeß Fuchs liegen sich die Reaktionäre in München bös' in den Haaren. Die Separatisten, die sich durch die Aufdeckung ihrer landesverräterischen Verbindungen mit den Richerts aller Schattierungen etwas beengt fühlen, bewerfen durch den Mund des bayerischen Kuriers ihre gleichgearteten Kollegen von der großdeutschen Richtung, vor allem den Lockspitzel aus dem bayrischen Generalstab Major Mayr mit nicht wenig Dreck. In seinem Eifer hat Mayr einen Abwehrbrief geschrieben, der interessante Einblicke in die reaktionären Umtriebe Bayerns seit 1918 gibt. Freilich gleichzeitig gesteht der Schreiber unfreiwillig den völligen politischen Bankerott der sogenannten vaterländischen Bewegung ein. Wir entnehmen dem Brief einige besonders charakteristische Stellen:

„Im November planten wir — das muß offen eingestanden werden — Rupprecht vom Wittelsbach wieder in den Sattel zu setzen. Wir wußten damals und auf lange nicht, daß er (ohne Genehmigung der obersten Heeresleitung oder der Reichsgewalt noch vor Beginn des ersten Waffenstillstandes) unter dem Schutz der spanischen Gesandten nach Holland desertiert war. Gottlob, es kam nicht zum Versuch! Denn es fehlte nicht nur der Prinz, sondern auch die nötige Anzahl — Monarchisten."

Kann es eine zynischere Selbstbezichtigung geben? Ein offeneres Eingeständnis der maßlosen Freigheit jener Kreise, die im Blute der wehrlosen Arbeiter geradezu schwimmen?

„Für das, was die Befreier Münchens (nach der Räterepublik 1919) kaputt schlugen, sind wir nicht verantwortlich. Ein Gehilfe meiner Umgebung, Herr Stech (Kriegsfreiwilliger 1914-18) wurde von einem wildgewordenen Feldwebel der Brigade Löwenfeld auf zwei Schritt Entfernung bloß deswegen niedergeschlagen, weil er nach den durchlebten Tagen verwahrlost aussah, wie — ein Bolschewik."

Diese Leute schrien über kommunistische Greueltaten und haben den Grundstock zur bayrischen Ordnungszelle gelegt!

1920: „Selbstredend war ich (immer dienstlich) irgendwie auch am Sturz des Ministeriums Hoffmann (beim Kapp-Putsch) beteiligt. Das ist sozusagen publici juris. Ich erzähle nur, was mir andere darüber erzählten. Am 13. März, 12 Uhr nachts, erschienen beim General von Möhl u. a. Herr von Kahr, Herr Pöhner, Herr Hemmeter ... Forderungen sollen erörtert worden sein. Ich erhielt den Auftrag, noch in der Nacht dem Ministerpräsidenten den Besuch der Herren für 3 Uhr morgens anzukünden. Der Besuch ist denn auch erfolgt. Ein zweiter vor dem Ministerrat folgte. Unter diesem Druck verantwortlicher Männer mit machtpolitischen Gewichten soll Hoffmann auf weitere Amtierung verzichtet haben."

Der Kapp-Putsch, sozusagen dienstlich, ist das nicht köstlich? Verantwortliche Männer mit machtpolitischen Gewichten: Kahr, Vorsitzender der vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns prominentes Mitglied der verbotenen Einwohnerwehren und heute Regierungspräsident; Poehner, als Polizeipräsident, Paßfälscher und Begünstiger für Hochverräter a la Erhardt, heute hoher Justizbeamter; Hemmeter, Oberleutnant, rechte Hand von Escherich, prominentes Mitglied der Mordorganisation C. Und eine merkwürdige Rolle, die der Sozialdemokrat Hoffmann dabei spielte, eine Rolle, die jener Freundschaftsversicherung seines Kollegen Auer für den Mörder Eisners, Graf Arco, verdammt ähnlich sieht. Uns scheint, Herr Hoffmann hat sich recht gerne zwingen lassen!

1921: „Die Behauptung, ich hätte die Nationalisten für ihren antiseparatistischen Kampf mit amtlichen Presseausschnitten beliefert, die schon vor dem Prozeß Fuchs-Richert im „Bayrischen Kurier" spukte, ist unwahr. Dieses „amtliche" Material war nicht mehr amtlich. Ich habe es nach Auflösung des Reichswehr-Pressearchivs auf Grund früherer schriftlicher dienstlicher Verfügung und früher geleisteter Zahlung zum Privatbesitz erhalten."

Eb, so! Herr Reichswehrminister, was meinen Sie dazu? Seit wann werden Regierungsarchive an den Meistbietenden (und so es politisch bequem ist) verkauft? Oder sollte das auch „nur" ein harmloses Reservat der bayrischen Ordnungsbestie sein?

Jedenfalls, mit dieser Geschichte kann sich Bayern sehen lassen. Der königliche Major und Lockspitzel Mayr hat der Geschichte wahrhaftig einen größeren Dienst erwiesen als er wohl selbst ahnt.

Aus Breslau

Achtung, Metallarbeiter!

Die kommunistischen Metallarbeiter von Breslau dürfen die Generalversammlung des D. M. V. nicht versäumen. Sie müssen am Mittwoch in der Metallarbeiterversammlung erscheinen.

Ortsleitung KPD.
Metallarbeiterfraktionsleitung Breslau.

Diskussionsabend

Heute Montag, den 9. Juli 1923, 7 Uhr abends, Diskussionsabend im Parteibüro. Thema: „Die Schule und das Kind." Alle Parteifunktionäre, insbesondere alle kommunistischen Eltern sind verpflichtet, an den Diskussionen sich zu beteiligen. Referent: Genosse Harms. In Anbetracht der Notwendigkeit einer fruchtbringenden Diskussion müssen die Genossen pünktlich erscheinen.

Sprechchor: Mittwoch, den 11. Juli, 7 Uhr pünktlich: Kollektivarbeit im Parteibüro. Papier und Bleistift ist mitzubringen.

Donnerstag, den 12. Juli:
Uebungsabend im Schießwerder. Die Verstärkung des Sprechchors ist unbedingte Notwendigkeit. Alle Parteigenossinnen und Genossen werden zur Teilnahme aufgefordert.

Dienstag den 10. Juli 1923, abends 7 Uhr Konstituierung des kommunistischen Gesangschores. Sangeskundige Genossinnen und Genossen werden eingeladen, sich in großer Zahl zu beteiligen. Das Uebungslokal wird in der Dienstagnummer bekanntgegeben.

Kaum glaublich!

In 37 Distriktsversammlungen wird heute abend die SPD. sich darüber unterhalten, ob die Reichswehr republikanisch ist oder reaktionär. Das ist keine einfache Frage und sie muß geklärt werden, bevor die Faszisten losschlagen. Darum nimmt die SPD. Stellung. Was wird das Ergebnis sein? Nun es wird nicht ganz viel dabei herauskommen. Die Minister, Landräte, Bürgermeister und Polizeihauptleute, soweit sie stramme SPD.-Leute sind, werden schon verhindern, daß es in der Reichswehr putscht!

Auch die Schupo ist ja eine republikanische Einrichtung und es bedarf nur eines öffentlichen Hinweises, sofort werden alle Mängel beseitigt.

Einen dieser dunklen Punkte zieht jetzt die „Volkswacht" ans Licht. Sie schreibt:

„In der 8. Bereitschaft der Breslauer Schupo hat seit längerer Zeit ein Oberwachtmeister Klatte wegen seiner etwas merkwürdigen Trinksitten und deren Rückwirkung auf sein Verhalten im Dienst böses Blut gemacht. Ein paar Schupobeamte, die sich gelegentlich darüber unterhielten, bekamen aber kürzlich ein Verfahren angehängt und nun wird, wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, herumgetragen, das Verfahren werfe ihnen Meuterei vor, Meuterei wegen einer Bemerkung über den trinkfesten und seinen Trinkbrüdern angeblich etwas allzu geneigten Wachtmeister! Es dürfte wohl genügen, dieses Gerücht öffentlich aufzugreifen, damit von der zuständigen Stelle dem unglaublichen Gerede öffentlich ein Ende gemacht wird."

Diese Naivität der „Volkswacht" ist kaum glaublich. Also wenn die vorgesetzte Behörde dementiert, ist alles in Ordnung, und das Gerücht war nur eine üble Verleumdung. Nun, wir verstehen die „Volkswacht". Man wird doch dem Genossen Polizeipräsidenten keine Ungelegenheiten bereiten. Er braucht ja nur zu dementieren. Kasernentragödien? Der preußische Militarismus der Vorkriegszeit hat die sozialdemokratischen Kritiker ins Zuchthaus gebracht, aber jetzt, nachdem Noske und Severing Polizei und Reichswehr reformiert haben, nachdem die SPD.-Justiz-Minister Heine und Radbruch auch das Strafrecht der Ebertrepublik angepaßt haben, sind solche Dinge unglaubhaft. Der Schutz der Republik, ob, der befindet sich in guten Händen!

Die „Volkswacht" zeigt Edelmut

Wie ein Hohn nimmt sich eine kleine Notiz in der Beilage zur Donnerstagnummer der „Volkswacht" aus. Sie lautet:

Robert Schön und Frau bitten uns, hierdurch allen danken zu dürfen, die ihnen zu ihrem 35jährigen Jubiläum gratuliert und sie durch Geschenke erfreut haben.

Denselben Mann hat die „Volkswacht" bekanntlich auf die alten Tage, nach jahrzehntelanger, treuer Dienstleistung als Redaktionsbote, brutal auf die Straße gesetzt. Vor Bekanntgabe obiger Notiz hat die „Volkswacht" den traurigen Mut besessen, dem alten Mann, der heute betteln gehen muß, zu — gratulieren.

Es ist wohl die Frage erlaubt, durch welches „Geschenk" die „Volkswacht" den alten Schön erfreut hat? — Schofle Gesellschaft!

Aus der Provinz

Wo wird gestimmt?

Das Programm bringt 1. den Arbeiter-Anleihefilm; 2. Fünf Jahre Sowjetrußland; 3. Die Wunder des Soldaten Iwan.

Die Eintrittspreise sind die gleichen wie in den bürgerlichen Kinos. Die Vorführungen werden stattfinden:

Dienstag, den 10. Juli in Waldenburg im Uniontheater.

Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, in **Hahnau,** Neues Lichtspielhaus.

Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, in **Kohenau,** Kronsteins Lokal.

Donnerstag, den 12. Juli, in Liegnitz, Volkshaus.

Freitag, den 13. Juli, in Schmiedeberg, im Schreibers Hotel.

Sonnabend, den 14. Juli, in Hirschberg, Berliner Hof.

Genossen, entfaltet überall eine rege Propaganda, sorgt überall für ein ausverkauftes Haus.

Wüstegiersdorf.

Der Abschluß der Werbewoche. Am Sonntag, den 1. Juli, dem letzten Tage der Werbewoche, benutzten wir dazu, Aufklärungsarbeit in Neurode und Ludwigsdorf zu betreiben, und hielten zu diesem Zweck Werbeversammlungen in beiden Orten ab, in denen die Genossen Franz aus Weißstein und König aus Konradsthal referierten. Das Thema lautete: „Wer trägt die Schuld an der Not und Verelendung der Arbeiterschaft."

Vormittags in der Versammlung in Neurode sprach Genosse Franz. Das Interesse der Neuroder Arbeiterschaft an der Arbeiterbewegung scheint noch etwas im Hintergrund zu stehen, denn die doch hier vorherrschende Bergarbeiterschaft ist ziemlich groß und der Versammlungssaal hätte müssen voll besetzt sein, was aber nicht ganz zutraf. Nach Aussagen einiger Kollegen sei die Interessenlosigkeit durch das verräterische Verhalten von SPD.-Führern und Gewerkschaftsbonzen ziemlich gewachsen, und dann hätten auch die Pfaffen noch einen großen Einfluß auf die Arbeiterschaft. Durch das unrevolutionäre Verhalten der SPD. und durch die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum sind die Syndikalisten hier vorherrschend geworden.

Genosse Franz zeigte in seinem Referat klar die Aufgaben der Arbeiterschaft. Der Genosse Franz warnte vor dem Austritt aus den freien Gewerkschaften, da hierdurch nur eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung zustande kommt, was ein Gefallen für die Reaktion wäre. In der Diskussion meldete sich kein Gegner. Nach Schluß der Versammlung konnten einige Abonnenten für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" gewonnen werden. Auch ließen sich einige Genossen in die Partei aufnehmen und versprachen, ihr möglichstes zu tun, auch wieder in **Neurode eine Ortsgruppe** zustande zu bringen. Und so hoffen wir, daß unsere Arbeit in Neurode einen Erfolg gehabt hat.

Die zweite Versammlung war in Ludwigsdorf. In dieser referierte Genosse König aus Konradsthal. Auch hier hatte der Syndikalismus verheerend für die revolutionäre Arbeiterbewegung gewirkt. Der Versammlungsbesuch war auch hier nicht gerade lobenswert. Genosse König sprach über dasselbe Thema wie Genosse Franz in Neurode. Der Referent forderte zum Schluß alle revolutionär gesinnten Arbeiter auf, sich unter die Fahne der Kommunistischen Partei zu stellen und mit dieser den Kampf gegen den Kapitalismus bis zum siegreichen Ende zu führen. In der Diskussion meldete sich ein Syndikalist, welcher betonte, mit den Ausführungen des Referenten einverstanden zu sein bis auf den Anschluß an die KPD., da der Syndikalismus jede Partei für zwecklos halte, und führte einige Behauptungen an über Rußland und der KPD. in Deutschland bei den letzten Streiks, welche aber jeder Unterlage entbehrten und auch nicht auf Wahrheit beruhten. Der ganze Sinn seiner Rede zeugte von einer Oberflächlichkeit und strotzte von Widersprüchen. Hätte er nicht gesagt, daß er Syndikalist sei, hätte man überhaupt nicht gewußt, mit wem man es zu tun hatte, da er nach jeder Seite hinschwenkte. Im Schlußwort des Genossen Franz wurde er eines besseren belehrt. Hoffentlich sehen die Syndikalisten recht bald ein, daß sie sich auf falscher Bahn befinden und werden noch gute revolutionäre Kämpfer für das Proletariat.

Nach Schluß der Versammlung meldeten sich einige Genossen zur Aufnahme in die KPD. Auch sie versprachen, sich für die Gründung einer Ortsgruppe in Ludwigsdorf einzusetzen und wir hoffen, auch hier einen Fortschritt in der revolutionären Arbeiterbewegung verzeichnen zu dürfen.

Waldenburg

Aus dem Stadtparlament. Die am Mittwoch, den 4. Juli, tagende Stadtverordnetensitzung hatte sich in erster Linie mit einem Dringlichkeitsantrage der bürgerlichen Fraktion zu beschäftigen. Eine alte Forderung der Linken, auf Errichtung eines Entbindungsheimes, wurde von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beantragt. Einige Wohnräume sollen geschaffen werden, die vorläufig ein derartiges Entbindungsheim darstellen sollen. Die linken Fraktionen, Sozialisten und Kommunisten, erklärten sich mit diesem Antrage nicht einverstanden. Es wurde verlangt, wenn eine solche notwendige Einrichtung geschaffen werden soll, muß ganze Arbeit geleistet werden und an den Bau einer neuen Entbindungsanstalt gegangen werden. Erster Bürgermeister Dr. Erdmann erklärte sich mit diesem Bau einverstanden, er forderte die Wahl einer Kommission, die sich mit den Vorarbeiten beschäftigen soll. Zur Einrichtung einer elektrischen Feuermelde- und Alarmanlage im Stadtteil Altwasser und Beschaffung von Feuerlöschgeräten wurden 500 Millionen Mark bewilligt. Vom Magistrat wurde beantragt, 30 Millionen Mark zur Unterbringung von 60 unterernährten Kindern und zwar 30 in dem Tuberkulose-Pavillon am Kreiskrankenhause und 30 Kinder in der Waldheimstätte in Weißstein zu bewilligen. Der Antrag wurde auf 60 Millionen Mark erhöht. Die Eltern der in Frage kommenden Kinder sollen, soweit sie in der Lage sind, 1600 Mark zu den Verpflegungskosten bezahlen. Stadtv. Gen. Reichel beantragte, diese 1600 Mark Verpflegungskosten zu streichen, da die Eltern der Kinder gar nicht in der Lage sind, diese geringe Summe zu zahlen. Wenn die Mittel vorhanden wären, könnte die Hungerkrankheit sich nicht gerade in den Arbeiterkindern festsetzen, denn wie angegeben, sollen doch nur Kinder bedürftiger Personen und Kriegshinterbliebener in Frage kommen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, der Magistratsvorlage wurde zugestimmt. Bei dem Verkauf eines Geländestreifens an der Pfahauerwiese zur Errichtung einer Sauerstofffabrik wurden verschiedene Bedenken laut über die Gefahren, die eine derartige Fabrik mit sich bringt, es handelte sich hauptsächlich um den Lagerplatz der mit Sauerstoff gefüllten Flaschen. Die Sitzung stimmte dieser Vorlage zu, aber erst muß die Baupolizei und die Gewerbeaufsichtsbehörde gehört werden; entstehen Schwierigkeiten oder Bedenken, wird dieser Verkauf wieder rückgängig gemacht. Nach Erledigung kleiner Vorlagen, die einstimmig angenommen wurden, wurde die Sitzung geschlossen.

Dittersbach (städtisch).

Hermit den Kontrollausschüssen. Dittersbach-städtisch ist in Preisen für Lebensmittel ein Beispiel für die Großstädte. In der hiesigen Mühle kostete am 5. Juli, mittags, ein markenfreies Brot 9000 Mark, am Donnerstag, den 6. Juli, kostete es 10 000 Mark, am Freitag, den 7. Juli, 12 000 Mark, vielleicht kostet es Sonnabend, den 8. Juli 15 000 Mark. Wir stellen an alle die Frage: Ist dies Wucher oder nicht? Ferner stellen wir die Frage an Herrn Enkelmann, ob er dieses teure Brot schon von — teuer eingekauftem — Mehl gebacken hat. Wir bezweifeln dies sehr stark. Wie nötig die Kontrollausschüsse sind, zeigt vorstehender Fall. Ferner war fast 14 Tage lang in Dittersbach-städt. kein Mehl zu kaufen, wo es jetzt aber den Preis von 7000 Mark pro Pfund erreicht hat, gibt es solches in großer Menge. Arbeiter, Klassengenossen, merkt ihr immer noch nicht, daß man euch so weit zwingen will, nur für ein Stück trockenes Brot zu arbeiten, was in der freiesten Republik kaum glaublich wäre. Darum bildet sofort Kontrollausschüsse und erzwingt die behördliche Anerkennung.

Liebau

Deutschland über alles. Herrlich klangen diese Töne aus tausenden von deutschen Kehlen und alle Herzen schlugen höher und immer höher bei den Worten des Bürgermeisters, und am höchsten mögen sie bei den valutastarken Deutschen geschlagen haben, welche aus der Tschechoslowakei gekommen waren, nämlich zum Nationalen Sängerfeste des hiesigen Männergesangvereins. Wir würden uns für diesen nationalistischen Rummel überhaupt

---

Das Metall der Tolan

Roman von Concha Espina

8]

Der gleiche Einschnitt weist sprödes, mit Pflanzen bedecktes Gestein auf, das nach seiner Umfärbung das reinste Kaolin liefert, ebenso Abfälle von Porphyr, Feuerstein und rosenroten Kristallen. Hohlspat, der dem Schiefer seinen Farbstoff entzieht, erstrahlt in schwarzen, zwischen helle Scheiben gelagerten Prismen, und die durchscheinenden Massen des Galmei schimmern in faserigen Verbindungen, im Glanz des Perlmutter und in grauen Tönen. Es zeichnen sich Säulen aus Feldspat ab, die von vielfarbigem Glimmer, von strahlenden Adern und dunklen gekreuzten Streifen durchzogen sind; und das Bleiweiß brennt in diamantenem Feuer mit himmlischem Farbenspiel. Buntfleckiger Ton, der vielleicht im Küstenschlamme geschmolzen war, vereint sich mit den Kreideflecken, den Steinen und den Kelchen der Lochmuschel. Zwischen Felsriffen von Braunspat und Trauben von Blende ruhen die zinkhaltigen Minerale vom Glanze des Chalcedon und der Farbe des Honigs. Und in den Unterbrechungen der Ader zeigt die Eisensteinniere in jedem Kristallkorn ihre leichten, kreisförmig geordneten Schuppen im Spiel ihrer wechselnden Strahlen die im durchschimmernden oder zurückgeworfenen Lichte aufleuchten und den Energiewert des einzelnen Moleküls betonen. Alles in der wilden Kluft bekommt einen wunderbaren Zauber, eine vom Licht des Mittags entzündete feierliche Wucht in dem jähen Absturz zur Schlundöffnung.

Zum andern Male vernimmt Aurora das Stammeln des Wunderbaren: Steine, Schimmer, Farbtöne und Klänge regen sich und schluchzen, richten sich auf, bis der Schwindel des Raumes sie ergreift, und steigen hinab, um die Stimmen zu belauschen, die unter der Erde raunen.

Das kaum wahrnehmbare Krachen des Berges klingt dem Mädchen wie eine erdrückende Offenbarung, als löse sich plötzlich die dynamische Kraft des Erzganges in einem einzigen Schrei, der bestimmt ist, sich ihrem innersten Bewußtsein einzuhämmern.

Sie wird gewahr, wie all ihre Gedanken quellen und von Strahlenfäden zusammengehalten werden, die sie mit unbekanntem Feuer durchglühen. In neuer Zärtlichkeit brennend, seufzt ihr Herz wie grünes Holz, und sie erhebt sich im unwillkürlichen, unruhigen Drange nach Bewegung.

Sie folgt der glatten Wand, die sich zu einem Wege öffnet, und findet diesen fast vollkommen versperrt von einem festen Felsstück, das sich aus der Wölbung gelöst hat, die der Erzgang in die Seitenmauer schmerzhaft höhlt. Hier ist der Schatz des Berges zerstückelt, in Scherben geschlagen seine Pracht, die im Bersten noch freigebig die Schönheit ihrer Splitter ausstreut.

Und das Mädchen kniet geblendet nieder, um die Kristalle, Prismen und Rhomben aufzuheben; es sind Steine mit Zeichen und Kreuzen gleich Talismanen, fossile Ueberreste, ewig wie die Welt, mit einem Reichtum guterhaltener Skelette, die in der Form einer offenen, festen Scheibe den Kriechfuß der Mollusken aufweisen.

Das Verblühen ringsum auf den Felsen malt die Hände des Mädchens mit bunten Farben: schneeweiß, pfirsichrot, ultramarinblau ineinandergehende Töne, die wohl im Saft des Purpurs, den Sepiatinten, dem Gift der Aplisia und dem durchsichtigen Mantel der Lochmuschel aufgelöst sind. Es gleiten durch die neugierigen Finger alle Wunder der ersten Zeugung: seltsame Inkrustationen, Kristallspelle, Hohlformen, Ueberreste von Muschelschalen, Silzhäuten, Federn und Blättern, der Staub von Tausenden fremdartiger Geschöpfe, die man vor Zeiten von den Sternen herstammend oder von der Sintflut übriggeblieben wähnte. In dem heißen Spalt der Kluft findet Aurora eine leere Venusmuschel in Form eines großen Halbmondes mit scharfen Spitzen; sie hebt sie auf, betrachtet sie mit Entzücken, ohne ihre Herkunft zu kennen, und legt sie sorgfältig wieder zwischen die Goldblättchen des Gipses und die gelben Blätter des Schwefels zurück. Endlich ist der Bann ihres fieberhaften, tastenden Suchens gebrochen, und sie umgeht das Hindernis, das den Weg versperrt, um den Abhang hinabzusteigen, der immer wilder und steiler abfällt.

Zitternd, mit zauberhaften Reflexen dringt das Sonnenbad weiter und weiter in den Spalt ein.

Ein kristallenes Plätschern, ein Hauch von Feuchtigkeit steigt aus der finsteren Tiefe auf und wie gestoßen von den Unebenheiten des Geländes, dringt das Mädchen in eine ungeheure Grotte vor, über der das Licht zittert wie in einem Walde bei Anbruch der Nacht. Der Boden zeigt eine fast unmerkliche Neigung und in dem Teil, der an das Dunkel grenzt, zieht ein verlassener, gespenstischer Fluß dahin, der an den Lethestrom gemahnt: er ist durch eine Gebirgsspalte gedrungen und bahnt sich einen Weg durch die schweigenden Höhlen, steht bald als Stauwasser still, um gleich darauf in Wirbeln weiterzueilen. An seinem entfärbten Ufer häuft sich trüber, fruchtbarer Schlamm, in dem all die Tausende von Organismen gedeihen, die bestimmt sind, sich in Minerale zu verwandeln.

Auf den verfallenen Mauern und an der gewundenen Decke nehmen die Steine menschliche Formen an wie in der Werkstatt eines Bildhauers, sie beleben sich wie menschliche Wesen, und aus dem Bruch eines jeden Kristalls leuchtet ein furchtbares Geheimnis: ein bleicher Schimmer der Dämmerung läßt das geronnene Metall mit seinen verschiedenen Schichten noch geheimnisreicher erscheinen.

Der Fluß pulliert wie ein ängstlich schlagendes Herz, bevor er sich zu einem stillen See ausbreitet. Aurora, die ihm mit seltsamem Grauen gefolgt ist, betrachtet sich hier in seinen tiefen, träumenden Wassern und nimmt überrascht die Veränderung wahr, die die Berührung mit den Geheimnissen der Tiefe an ihrer Erscheinung bewirkt hat: in ihren Augen liegt der Glanz der Türkisen, über dem Haar ein goldener Schleier, auf den Lippen das geheimnisvolle Lächeln der Sphinx, über ihren Kleidern der feurige Glanz frischer Steine. Sie erkennt sich kaum wieder. Zum zweitenmal auf dieser ziellosen Reise fühlt sie Erstaunen und Furcht vor ihrem gefahrvollen Abenteuer. Sie horcht erschrocken auf das Gemurmel der kalten Ader, das sich mit den dumpfen, schlagenden Lauten der blinden Fische mischt, die dem Horizont zuschwimmen, der aller Hoffnung ein Ziel zu setzen scheint. Als sie sich an das Zwielicht gewöhnt hat, unterscheidet sie in geringer Entfernung eine mit einem Tau am Ufer befestigte offene Barke, die geräuschlos schaukelt. Vielleicht ist sie bestimmt zur Reise dahin, wo alles Bestehende endet.

Während Aurora das Boot mit äußerster Unruhe betrachtet, kehrt sie aus der Verzauberung ihres gebieterischen Verlangens, die wie ein böser Bann auf ihr gelegen hat, in die Wirklichkeit zurück und klammert sich angstvoll an das Leben, mit wiederkehrender Erinnerung und wachem Herzen. Mühsam formen ihre Lippen ein Wort: es ist die neue Art, den Schiffer zu rufen, dessen Bestimmung sich am Eingang des roten Pfades gewendet hat.

Gabriell ... Gabriell ...

Das seufzende Echo hat in dem düsteren Gewölbe den gleichen seltsamen Klang, wie der Name des Erzengels in ihrer schmerzensreichen Liebe. Das Mädchen fleht um den Schutz, den sie sucht, und verbirgt ihren eigenen Jammer, den sie den „Wassern der Vergessenheit" anvertraut.

Endlos flieht sie zitternd durch das Labyrinth des Bergwerks und läßt ihr Grubenlicht auf der Erde stehen, weil sie nicht tiefer zu steigen gedenkt; sie ist gewiß, daß sie sich jetzt schon in der letzten Falte der Erde befindet.

Von der Bergspalte angelockt geht sie vor, um gleich darauf in unruhiger Hast wieder umzukehren. Zum zweitenmal tritt ihr im Spiegel der Gruder ihr Bild entgegen, und sie schlägt eine beliebige Richtung ein, bis das Tageslicht schwindet und sie ihre Laterne vermißt. Sie möchte zurückgehen, aber Furcht lähmt ihre Glieder, die Kräfte verlassen sie; mechanisch tastet sie sich weiter, wie eine Irrsinnige rufend: Gabriell ... Gabriell ...

(Fortsetzung folgt.)

nicht interessiert haben, wenn nicht über 50 Prozent Arbeiter daran teilgenommen hätten, die sich gemeinsam mit Unternehmern und Faszisten an diesem Tage verbrüderten. Jeder Arbeiter müßte sich doch auf die Feindseligkeit und den Hohn des Bürgertums entsinnen, der bei Arbeiterveranstaltungen gezeigt wird. Kein Bürgerlicher besucht eine proletarische Feier, aber der Prolet ist so dumm und fühlt sich noch in gehobener Stimmung, wenn er in der Nähe dieser Spießer weilen darf und sei es auch nur einen Tag. Den Dank wird man den Arbeitern unter dem Gesange des Deutschland-Liedes bei den nächsten Lohnverhandlungen und Preisgestaltungen aushändigen und dann kann sich jeder Arbeiter das noch fehlende bei diesen Partisanen holen, aber man wird ihn mit Stachelschweinen davonjagen. Auch unser Pastor hatte einen kleinen Ärger. Schwarz-weiß-rot darf man nicht flaggen, wegen den Kommunisten, meinte er, und schwarz-rot-gold flagge ich nicht. Aber ungenert steckt er das schwarz-rot-goldene Gehalt der Republik ein. Auch der Brandmeister (Arbeiter) der Städtischen Feuerwehr arbeitete mit Diktatur, um die Feuerwehrleute zu dem Feste zu kriegen. Nachdem dreimal abgelehnt wurde, erklärte er vollem Zornes: Jedem, der nicht teilnimmt, dem wird sofort das Zeug abgeholt. Und siehe da, alle Arbeiter kuschten, mit wenigen Ausnahmen. Wann werden die Proleten einmal vernünftig werden und sich ihrer schädigenden Tätigkeit durch klassenbewußtes Handeln entledigen und sich den Arbeitern anschließen, welche ihnen die Hand hinreichen, zum Kampfe für die Interessen des arbeitenden Volkes gegen ihre Ausbeuter. Aber das Rad der Zeit wird noch viel eher denjenigen die Augen öffnen, die erst fühlen müssen, weil sie nicht hören wollen.

Schosdorf.

Wie provoziert wird. Sonntag, den 24. Juni, fand hier das Militärvereinsschießen statt. Ein Zapfenstreich am Sonnabend leitete den Rummel ein und das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" durfte dabei nicht fehlen? Es ist nicht recht klar, worauf Deutschland stolz sein könnte, etwa auf den Bankrott oder auf die Faszisten. Sonntags konnte man im Zuge nicht nur alle Uniformen des früheren Systems sehen, sondern auch Gewehre und Degen wurden mitgeführt. Vielleicht auch noch verborgene Waffen, um jedem Ereignis gewachsen zu sein. Eine Woche vorher hatte man Gerüchte verbreitet, daß die Kommunisten den Aufmarsch sprengen wollten. Daß diese Gerüchte von Spitzeln verbreitet wurden, denen an einem Blutbad gelegen war, geht daraus hervor, daß einer unserer Genossen am Donnerstag vorher einen anonymen Brief erhielt, (Der Schreiber hatte aus Sicherheitsgründen, aber auch aus Feigheit den Namen weggelassen), in welchem sich der Spitzel als echter Parteigenosse aufspielt und uns auffordert, eine Sprengkolonne aus Hirschberg und Görlitz zu holen, damit der nationalen, reaktionären Gesellschaft der Pelz gewaschen und sie auseinander gejagt werden sollte. Inwieweit der Militärverein hier die Hand im Spiele hat, oder ob der Spitzel gekauft, oder auf eigene Faust die hiesige Arbeiterschaft aufreizen wollte, entzieht sich unserer Kenntnis. Er hat aber zu seinem Leidwesen feststellen müssen, daß sich die Arbeiterschaft Schosdorfs nicht von solchen Leuten provozieren läßt. Der Vorfall zeigt, daß nicht nur die Kommunisten, sondern auch die SPD.- und parteilosen Arbeiter auf der Hut sein müssen, und solchen Leuten auf die Finger klopfen. Die im Militärverein befindlichen Arbeiter sollten daraus wohl erkennen, wo ihr Platz ist.

Oppeln

Film-Vorführung. Am Mittwoch, den 4. Juli d. J., fand im Metropol-Kino die Vorführung des Filmes: „5 Jahre Sowjet-Rußland" und „Das Wunder des Soldaten Iwan" in drei Vorstellungen statt. Der Andrang zu allen diesen Vorstellungen war derartig stark, daß er nur schwer gemeistert werden konnte. Noch nie standen in Oppeln vor einem Kino so viele Menschen, wie an diesem Tage vor dem Metropol-Kino. Es mögen etwa 1600 Personen diesen Film hier gesehen haben, der einen gewaltigen Eindruck auf die Gemüter gemacht hat, was durch dauernden Beifall sich ausdrückte. Auch nachher auf den Straßen wirkte dieser Eindruck noch lange nach. Den Einwohnern von Oppeln war hier Gelegenheit geboten, sich von den Tatsachen zu überzeugen, wie sie jetzt in Rußland unter der Arbeiter- und Bauernrepublik bestehen.

Hervorzuheben wäre hierbei, daß die bürgerlichen Kreise, die diesen Vorstellungen beiwohnten jetzt eines besseren belehrt sein dürften über die Lage in Rußland. Der größte Teil der Besucher der Vorstellungen entfernte sich mit dem Gedanken, daß nur diese Art und Weise der Staatsführung und Volkswirtschaft, die jetzt in Rußland besteht, die einzige ist, die jedes Volk, auch das deutsche, dem Elend, der Not und dem Untergang entreißen kann.

Die Oppelner Arbeiterschaft ist sich darüber bereits seit längerer Zeit im Klaren und wird den Weg weiter gehen, zielklar und zielbewußt, welcher sie aus aller Not und Sklaverei durch Ausbeutung für das Unternehmertum befreit, den Weg der russischen Brüder und Schwestern, den Weg zum Kommunismus im Kampf für eine Arbeiterregierung.

Nicht zu vergessen sei, daß die gewohnheitsmäßigen Kinobesucher, die nur Liebestragödien und Abenteurerfilme zu sehen gewohnt sind, denen aber jedes Verständnis für die Politik abgeht, wohl nicht auf ihre Rechnung gekommen sind.

Betrieb & Gewerkschaft

Revierkonferenz des Bergarbeiter-Verbandes in Waldenburg

Der in den Zahlstellen vertretenen Forderung: Einberufung einer Revierkonferenz, um Stellung gegen die verräterische Gewerkschaftstaktik zu nehmen, wurde am Sonntag, den 1. Juli nachgegeben. Mit zuversichtlicher Gebärde in den Gesichtern, in einem gehobenen Bewußtsein wogten sich die Massen der Reihe nach, in der Voraussetzung, daß die erschienenen treuen Schäflein ihre Politik decken würden. Es ging so recht nach ihrem Wunsch. Es wimmelte von SPD.-Abzeichen und die Abrechnung mit der Opposition konnte vor sich gehen, wozu sie in Zeiten der Bewegung auf Grund ihrer Feigheit keinen Anlaß genommen haben. Die treuen SPD.-Funktionäre mit ihrer naiven gläubigen Leichtgläubigkeit werden von selbst der schwankende Hoffnung der Bezirksleitung wieder aufrichten und jede Handlungsweise rechtfertigen. Wie gesagt, so geschehen. Hoffmann von der Bezirksleitung durchlaufte die letzten Anlässe und Vorgänge im Streik und gab seine Einstellung und Beurteilung zum besten, die bereits in vielen Versammlungen den Beteiligten Unwillen der Arbeiterschaft hervorgerufen hatte. Die letzten Vorgänge waren nun schon so oft durchgekaut und trotzdem war das Bemühen, die Gewerkschaftstaktik stets zu rechtfertigen, an demrevolutionären Instinkt und der wachsenden Intelligenz der Arbeiter abgeprallt. Eine Revierkonferenz war gefordert und es hatte sich gezeigt, daß die Arbeiter gewillt sind, die schädliche Einstellung der Gewerkschaftsführer zu unterbinden und sie zur Führung der Bewegung zu zwingen. Ueber die letzten Vorgänge war die Arbeiterschaft unterrichtet durch die gewissenlosen Abhandlungen der „Bergwacht" und der Bezirksleitung einerseits und der aufklärender Arbeit der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", Flugblätter und der Opposition andererseits. Deshalb war es nun notwendig, besonders die Tendenz und Haltung der Führer in der Gewerkschaftsbewegung klarzustellen, um die Notwendigkeit der Umstellung der Gewerkschaften in Klassenkampforgane zu begründen. Nicht Hungerpolitik, sondern scharfe Klassenpolitik ist erforderlich. Der Redner der Opposition behandelte die Schuldfrage an der Verelendung der Arbeiterklasse, an der die Gewerkschaftsführer mit Schuld sind. Seit 1920, wo die Offensive des Kapitals eine jede Form angenommen hatte, haben die Amsterdamer den schwächsten Widerstand gezeigt. Von Siegen über das Kapital haben sie stets zu erzählen gewußt und von der Wohltat des internationalen Arbeitsamtes, jedoch bei allen Vorkommnissen dem Kapital gegenüber eine abwartende Haltung gezeigt, keine Initiative ergriffen. Die Sozialisierung und sonstige soziale Forderungen standen bisher auf den Papier und die Arbeiter haben eine ernsthafte Interessenvertretung nicht wahrgenommen. Diese Führer sind es gewesen, die den Kampf vereitelt, die Arbeiter demoralisiert haben. Durch ihre Abneigung dem Kampf gegenüber haben sie die Arbeiter enttäuscht und der Abmarsch setzte ein. Der Mangel an Vertrauen zur Bewegung und das Mißtrauen in die eigene Kraft wuchs unter den Arbeitern. Dies ist der Grund der Zersetzung und Zersplitterung der Organisation, abgesehen von dem willkürlichen Ausschluß revolutionärer Mitglieder. Husemann wagte zu behaupten, die Kommunisten trügen die Schuld an der Zersplitterung. Wir glauben, jeder Arbeiter kann besser die Einstellung der Opposition beurteilen und ist auch imstande, objektiver zu sein. Wenn die Führer keinen Kampf wollen, nur Ruhe, friedliche Lösung und automatische Entwicklung als Richtung den Arbeitern vorgaukeln, so ist es doch ersichtlich, daß damit nur Gleichgültigkeit, Ohnmacht und Verzweiflung erzeugt wird. Nicht Unterwerfung, sondern Kampf ist unsere Losung.

Im weiteren Verlauf der Konferenz setzte eine persönliche Attacke gegen die KPD. ein. Vielleicht hat sich Husemann recht wohl gefühlt, durch die Art des niedrigen, heuchlerischen Tones, den ja die „Bergwacht" stets als herzerfrischend bezeichnet. Gegen die Bourgeoisie ist man ja bekanntlich bescheiden, nur gegen revolutionäre Arbeiter ist man energisch und spart mit keiner Verleumdung. Der Abschluß der Konferenz zeigte die Verhöhnung der Arbeiterschaft durch die Bürokratie. Die Funktionäre stimmten mit 83 gegen 8 Stimmen für das Vertrauensvotum, welches lautet: „Die heute, am 1. Juli 1923, tagende Revierkonferenz der Vertrauensleute und Funktionäre des Bergarbeiterverbandes ist sich klar darüber, daß die Bezirksleitung während des letzten Streiks keine andere Haltung einnehmen konnte, da sie sich nur sinngemäß an das Statut halten konnte. Wir sprechen hiermit der Bezirksleitung unser rollstes Vertrauen aus."

Sämtliche Teilnehmer hätten sich darüber klar sein müssen, daß damit das Vertrauen zur allgemeinen Gewerkschaftstaktik seinen Ausdruck findet und also die Niederdrückung und Verelendung der Arbeiter weiter gebilligt wird. Wir wissen, daß die Arbeiter vor Not, Hunger und Massensterben nur bewahrt werden durch die Niederwerfung des Kapitals. Dieser Sieg ist nur möglich mit zähem Ringen. — Wir oder sie. Aus diesem Grunde fordert die revolutionäre Arbeiterschaft eine auf die unüberbrückbaren Klassengegensätze eingestellte Gewerkschaftstaktik. Die Arbeiterschaft hat zu erkennen, daß die Gewerkschaften eine notwendige Institution für den Sozialismus bedeuten. Die Langmut unter den Arbeitern ist auf die Spitze getrieben und mehr als je wird die Arbeiterschaft gegen die Verräter am Sozialismus, an der Arbeiterbewegung, vorgehen wollen.

Wie das Vertrauensvotum zustande kam!

Am Sonntag, den 1. Juli 1923, tagte in der Stadtbrauerei in Waldenburg die von Zahlstellen geforderte Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, in der eine Vertrauensresolution für die Bezirksleitung angenommen wurde.

Die Bezirksleitung des BAV. kann es sich darob nicht verkneifen, ein Freudensgeheul in der „Schlesischen Bergwacht" anzuschlagen.

Aber wie kam dieses Vertrauensvotum zustande? Nur indem man alle seine Getreuen mobil machte. Hätte man zu diesem Zwecke Delegierte in den Zahlstellenversammlungen wählen lassen, so wäre das Gegenteil der Fall geworden. Von den zum weitaus größten Teile bezahlten Angestellten konnte die Arbeiterschaft nichts anderes erwarten.

Wären zu dieser Konferenz die Delegierten in den Zahlstellen besonders gewählt worden, so wäre ein Mißtrauensvotum herausgekommen, und dann hätte die Tätigkeit der besoldeten Verbandszersplitterer begonnen, so wie ein Hermann Becker bereits äußerte: Ihm wird es nicht schwer fallen, wieder seiner alten Arbeit nachzugehen, aber dann wird Becker mit allen Mitteln die Organisation zerschlagen helfen.

Zum Schluß spricht Herr Hoffmann noch denjenigen Genossen den tiefgefühlten Dank aus, die ihm während des Streiks das Leben recht angenehm gestaltet haben. Aber Herr Hoffmann hat eins vergessen, und zwar, die Grüne Polizei, die während des Streiks so segensreich gewirkt hat.

Denn zu Dutzenden patroullierten die Grünen vor dem Verbandsgebäude der Arbeitervertreter!"

Sitzung des Ortsausschusses des ADGB. Liebau

In der letzten Ortsausschußsitzung gab der Kartellvorsitzende, Genosse Kirchner, den Bericht von der Gewerkschaftskonferenz aus Breslau. Besonders streifte er den Landarbeiterstreik, in welchem von gewerkschaftlicher Seite viel gesündigt worden ist zum Schaden der Landarbeiter. Die Industriearbeiter hätten mehr Solidarität für den Kampf der Landarbeiter aufbringen müssen. Sollte bei den nächsten Kämpfen das Industrieproletariat wieder dem schweren Ringen der Landarbeiter zusehen, ohne rettend durch Sympathiestreiks teilzunehmen, so sehen sich die Landarbeiter gezwungen, auch sofort die Notstandsarbeiten einzustellen, und die Städter bekommen keine Milch. Scharf gerügt wurde das provozierende und brutale Handeln der Landjäger, Faszisten und Selbstschützler. Es würden 4000 Landarbeiter auf der Strecke bleiben und diese gilt es nun, nicht im Stiche zu lassen, nachdem sie so bitter gekämpft. Unser Genosse Drescher rügte scharf das schäbige Verhalten Severings, welcher die Landarbeiter mit Gewalt niederknüppeln wollte, und sogar von seinen eigenen SPD.-Genossen in höheren Stellen daran verhindert wurde. Proletarische Schutzorganisationen verbietet man, während man massenhaft Schußscheine an bürgerliche Selbstschützler ausstellt.

Alle Schriftsätze müßten wegen der Teurung erhöht werden. Eine Antwort betreffs des Schreibens an den Landrat, daß die Butter aus dem Kreise nicht ausgeführt werden soll, war noch nicht eingetroffen. Das nationale Sängerfest nahm eine längere Debatte ein. Der Delegierte Teichert vom Werkmeister-Verband machte in „Deutschland über alles". Es mußte festgestellt werden, daß durch den Valutaausverkauf sich alles für die Einwohner verteuert hat. Man macht einen großen Pomp vom Deutschtum, während tausenden Landarbeitern das wenige zum Leben brutal verweigert wird. Deutsche Kinder müssen nach dem Ausland geschickt werden, weil sie bei den eigenen Landsleuten, welche ein Prasserleben im Ueberfluß führen, nicht aufgenommen werden. Wo bleiben da die mit dem Volke fühlenden Agrarier und Kapitalisten. Ueber das Stadtparlament mußte festgestellt werden, daß die Arbeitervertreter mit einer Ausnahme fest schlafen. Hoffentlich geben die nächsten Wahlen dem Parlament ein proletarisches Bild mit klassenbewußter Arbeit. Jeder freie Gewerkschaftler muß darum auf dem Posten sein. Für den Genossen Stenzel, welcher für seine Ueberzeugung im Gefängnis ist, haben erst 8 Gewerkschaften gesammelt. Wo bleiben die anderen 7 Gewerkschaften. Die Unterstützungssätze müssen erhöht werden. Nach weiterer Diskussion wurde die Sitzung geschlossen.

Wegen technischer Schwierigkeiten erscheint die heutige Nummer 4seitig, dafür die morgige 8seitig. Der Verlag.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Zschocher, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter einer Rubrik kostet 150 Mark.

KPD

Verantwortlich: [illegible] Breslau, [illegible]

Alle Zeitungskassierer werden ersucht, sofort in die Expedition zu kommen, zwecks Klarstellung der Kassenabrechnung. [illegible] müssen noch Mitglieder jede Woche [illegible] werden.

Breslau. Montag, den 9. Juli, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistraße 49/50, Fraktionssitzung abends.

— Dienstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistraße 49/50, Fraktionssitzung der kommunistischen Betriebsräte [illegible].

— Mittwoch, den 11. Juli, abends 7 Uhr, im [illegible] Saale des „Tiergarten", Mitgliederversammlung. Genosse Gilbert [illegible] Thema: „Die Liebe Arbeit über Schlesien". Kein Mitglied darf [illegible] Mitgliedsbuch mitbringen. [illegible]

— Mittwoch, den 11. Juli, abends [illegible] Uhr, findet im Versammlungsraum, Nikolaistraße [illegible] eine [illegible] dringende Sitzung der Betriebsrätekommission statt. Alle Betriebsräte müssen [illegible]. Pünktliches Erscheinen unbedingt, da um 7 Uhr [illegible] anfangen.

Jeßnitzer. Mittwoch, den 11. Juli, [illegible] im „Rathaus zur Linde" ein Vortrag [illegible] Genossen statt. Beginn 3,30 Uhr. Alle Zugezogenen Parteigenossen, die sich in Industriegemeinden [illegible] müssen, werden ersucht, [illegible] zu beteiligen. Schriftführer mitbringen. Fortsetzung dieses Kursus [illegible].

Reichenbach. Freitag, den 13. Juli, abends 7,30 Uhr, bei Genossen Lange, Parkstraße 17, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Kassierer mit Genossenschaftsbuch und Beitragsmarken. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

KJD

Verantwortlich: Max Glaser, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 6590 Max Glaser.

Bolkenhain. Donnerstag, den 12. Juli, [illegible] über die politische Lage, von [illegible].

Friedeberg. Zur [illegible] Monatsversammlung mit einem Vortrag des Genossen [illegible] über Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften. Pünktliches Erscheinen aller Genossen.

Gellenberg. Dienstag, 10. Juli, Vortrag des Genossen über „Entstehung und Entwicklung des Menschen."

Landeshut. Freitag, den 13. Juli, Mitgliederversammlung mit [illegible] Illustration des Kapitals.

Schönberg. Donnerstag, den 12. Juli, im „Deutschen Kaiser", Vortrag über Entstehung und Entwicklung.

Waldenburg. Mittwoch, den 11. Juli, Vortrag des Genossen über „Weltrevolution" für die Ortsschule.

Gewerkschaften

Breslau. Gemeindearbeiter. Dienstag, 10. Juli, [illegible] 5 Uhr, im Versammlungsraum der Stadtbrauerei, Nikolaistraße [illegible] Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

— Bezirksleitung Transport-Arbeiter. Dienstag, den [illegible], abends 7 Uhr, [illegible] Nikolaistraße [illegible] Sitzung. Es [illegible] sich um [illegible]. Jeder muß erscheinen.

Gleiwitz. Mittwoch, den 11. Juli, [illegible] 5 Uhr, findet im Deutsch, [illegible] eine wichtige Versammlung [illegible] Genossen [illegible] Deutschen Metallarbeiterverband [illegible] Gewerkschaftsfragen statt. Wir haben [illegible] alle Kollegen, die mit uns [illegible] wollen, erscheinen.

Schlagenthal. Kartoffelbau. Freitag, den 13. Juli, abends 6,30 Uhr, im [illegible] zum Adler. [illegible] Tagesordnung.

Andere Organisationen

Breslau. Freie Religionsgemeinde, Schweidnitzer Straße 14-16. Mittwoch, den 11. Juli, abends 7,30 Uhr, Ausschußsitzung.

Langenbielau. Freie Religionsgemeinde. Freitag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, in Dinnes Lokal, große öffentliche Volksversammlung für Männer u. Frauen. Thema: „Wozu hat die Kirche kein Verständnis für die Not der Armen." Referent Lehrer Fenthoher, Breslau. Alle Konfessionen sind eingeladen, besonders diejenigen, welche aus der Kirche ausgeschieden sind. Zur Deckung der Unkosten werden 100 Mark Eintritt erhoben.

Peterswaldau. Freie Religionsgemeinde. Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 Uhr, bei Petrowsky, große öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen. Thema: „Kirchenaustritt, Taufzwang und Arbeiterstand." Referent Gewerkschaftssekretär Niederlus Glogau. Alle Konfessionen sind eingeladen, besonders diejenigen, welche aus der Kirche ausgeschieden sind. Zur Deckung der Unkosten werden 100 Mark Eintritt erhoben.

Auf Grund des § 48 Ziffer 2 der Mehl- und Brotordnung für den Stadtkreis Breslau vom 12. August 1921 (Beilage zu Nr. 36 des Breslauer Gemeindebl.) ordnen wir folgendes an:

Von den für die Zeit vom 9. bis 22. Juli 1923 bestimmten Brotmarken dürfen die Brotmarken Nr. 15 nur in der Woche vom 9. bis 15. Juli 1923 und die Brotmarken Nr. 16 nur in der Woche vom 16. bis 22. Juli 1923 benutzt und mit Ware beliefert werden.

Der Magistrat — Stadtverteilungsstelle.

Dem Genossen Leuschner, Trebnitz, Villenstr. 10, und seiner Frau zu ihrer Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Ortsgruppe Trebnitz K.P.D.

Aelterer **Genosse** sucht für **sofort** ein sauber. möbl. Zimmer. Offerten unter **A.B.** in der Expedition dies. Zeitung abzugeben.

Säcke kauft zu höchsten Preisen **Friedlich & Co.** Lessingstr. 5 Tele. R. 9017 Filialen: Lewaldstr. 28 und Matthiasstr. 69

Achtung Literaturobleute! Die Broschüre **Max Hoelz der gemeine Verbrecher** ist wieder eingetroffen. Bestellungen nimmt entgegen die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaistraße 49/50 Akting. Buchhandlung.